WP-01-K3-1147

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Hans Mönninghoff (KV Hannover)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1147 bis 1152:
~~Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen.~~ Die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen ist und bleibt unser Ziel. Da insbesondere Russland dazu derzeit nicht bereit ist, sondern im Rahmen des Ukraineangriffes sogar mit einem Atomwaffeneinsatz droht, ist ein einseitiger Atomwaffenverzicht der NATO derzeit leider nicht möglich. Wir lehnen jedoch die Aufstellung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland ab, da sie Atombomben weit ins russische Hinterland tragen können. Sowohl die USA als auch Russland haben ihre Atomwaffenbestände in den letzten 20 Jahren aufgerüstet, sodass ein „Gleichgewicht des Schreckens“ besteht. Für die Länder der NATO ist der Verzicht auf die Stationierung weiterer Raketen in Deutschland keine Einbuße an Sicherheit, weil schon die bestehenden Bestände ausreichen, die gesamte Welt mehrfach zu vernichten.

Wir wollen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beitritt und verbindlich auf jede Form einer „nuklearen Teilhabe“ an derzeit noch in Deutschland stationierten US-Atombomben verzichtet. Deutsche Flugzeuge oder Raketen dürfen niemals für Atombombenflüge eingesetzt werden!

Begründung

Unsere Wähler*innen haben einen berechtigten Anspruch zu wissen, wie unsere Partei zur geplanten Stationierung der Mittelstreckenraketen steht. Außerdem ist die Formulierung des BuVo zum Atomwaffenverbotsvertrag irreführend: Die GRÜNEN haben den von der UN-beschlossenen AVV bisher nicht „konstruktiv begleitet“, sondern die Bundesregierung ist dem AVV in den letzten Jahren in Gegensatz zu fast 100 Staaten nicht beigetreten. Ursache ist, dass Deutschland dann das Lagern von Atombomben auf seinem Staatsgebiet verbieten müsste und das Recht aufgeben würde, mit Genehmigung der westlichen Atommächte selber Atomwaffen einzusetzen.

weitere Antragsteller*innen

Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Stefan Riese (KV Münster); Stephan Wiese (KV Lübeck); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Berti Furtner-Loleit (KV München); Reinhard Prüllage (KV Grafschaft Bentheim); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Norbert Fleige (KV Hamburg-Bergedorf); Roland Appel (KV Bonn); Tabitha Elkins (LV Bayern); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Beate Herkendell (KV Hannover); Christoph von

Hinüber (KV Hannover); Monica Plate (KV Hannover); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.